

Was bedeuten die ökonomischen Beziehungen zwischen Europa und Israel für die Besatzung?

Shir Hever

Einführung

Ich möchte über die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Europa auf der einen Seite und Israel auf der anderen Seite sprechen sowie darüber, was diese Beziehungen im Blick auf die Besatzung Palästinas bewirken.

Mein Augenmerk wird auf der israelischen Perspektive liegen. Die israelische Politik ist beeinflusst von verschiedenen Faktoren. Die Beziehungen mit Europa sind nicht der einzige Faktor, aber sie spielen eine große Rolle nicht nur für die Wirtschaft Israels, sondern auch für die israelische Identität.

Mein Vortrag geht chronologisch vor. Ich werde fünf Zeitabschnitte ansprechen, die von vier wichtigen historischen Ereignissen getrennt sind.

Erster Zeitabschnitt: Vor 1967 – als Land eine Festung werden

Im israelischen Kolonialkrieg von 1956 hat sich Israel auf die Seite der Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich geschlagen, statt sich mit den antikolonialen Kräften zu verbünden. Dieses Vorgehen entsprach bereits der langfristigen Strategie der zionistische Regierungen Israels für die folgende Jahrzehnte.

Die Beziehungen zwischen Israel und Westdeutschland nahmen ihren Anfang in Form von Rüstungsgeschäften – und dies noch bevor diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Aber der größte Waffenlieferant Israels nach 1956 war Frankreich.

Auch im Blick auf den nichtmilitärischen Handel war Europa – und ist es bis heute – der wichtigste Handelspartner für Israel. Dies ist Ausdruck der Entscheidung der israelischen Regierung, sich vom Mittleren Osten abzukoppeln und sich als Teil Europas oder als Enklave Europas im Mittleren Osten zu betrachten.

Zweiter Zeitabschnitt: 1967-1992 – der Kalte Krieg

Das entscheidende Ereignis dieser Periode war der Krieg von 1967. Unmittelbar nach der israelischen Expansion verhängte Frankreich ein militärisches Embargo. Israels Reaktion auf dieses Embargo war die Erhöhung der eigenen Rüstungsproduktion. Ab 1973 wurden die Vereinigten Staaten zum wichtigsten Lieferanten von Rüstungsgütern für Israel, wodurch die Bedeutung der europäischen Waffenlieferungen zweitrangig wurde.

Der Waffenhandel mit Westdeutschland blieb nichtsdestotrotz bedeutsam. Hierbei kam der westdeutschen Regierung entgegen, dass Israel Rüstungslieferungen gegenüber Reparationszahlungen bevorzugte. Das

prominenteste Beispiel für die Unterstützung Israels durch Westdeutschland war jenes sehr teure Kriegsschiff, das gleich zu Beginn des Krieges von 1973 von den ägyptischen Streitkräften versenkt wurde.

Während des Kalten Krieges verfolgten die europäischen Staaten gegenüber Israel eine Politik, die offiziell gegen die Besatzung gerichtet war, praktisch aber weder etwas für noch etwas gegen die Besatzung unternahm.

Aus juristischem Blickwinkel konnten die europäischen Staaten das sich unter Besatzung befindende palästinensische Volk nicht unterstützen, weil eine solche Unterstützung faktisch einer Unterstützung der souveränen Besatzungsmacht gleichgekommen wäre.

Israel verstand diese indifferente Politik der „sauberen Hand“ als Freischein dafür, die eigene Politik nach Belieben zu gestalten.

Dritter Zeitabschnitt: 1993-2000 – Entwicklungshilfe

Das entscheidende Ereignis diese Periode war das Oslo-Abkommen. Nun war die Europäische Union schließlich in der Lage, den Palästinensern Unterstützung zu gewähren. Europa wurde fortan zum größten Geldgeber der besetzten Gebiete.

Man setzte darauf, mittels der Gewährung von Entwicklungshilfe die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu befördern. Zwischen 1994 und 2000 wurden 7 Milliarden US-Dollar für Entwicklungshilfe aufgebracht. Der Großteil kam von der Europäischen Union.

Dies ist sehr wichtig zu betonen, da es sich bei der Entwicklungshilfe keinesfalls um ein bloßes Geschenk für Palästina handelte. Vielmehr stärkte die Entwicklungshilfe ein zentrales Element der europäischen Strategie für die Region. Die europäischen Regierungen waren nämlich nicht bereit, politischen Druck auf Israel auszuüben. Dies war sozusagen eine Strategie des „Zuckerbrots ohne Peitsche“. Die ökonomische Unterstützung Europas für beide Partner machte es für Israel leichter, die Besatzung zu finanzieren.

Trotz dieser beträchtlichen Entwicklungshilfe verschlechterte sich der Lebensstandard der palästinensischen Bevölkerung. Nach offizieller Lesart erlaubte Israel den Hilfsorganisationen, Waren von israelischen Firmen für diese Hilfslieferungen zu kaufen. Faktisch enthielt diese Erlaubnis aber zwei negative Folgen: Erstens wären die Hilfsorganisationen von Israel gestoppt worden, wenn die Europäer ihre Hilfslieferungen nicht von israelischen Firmen gekauft hätten. Zweitens, und dies ist viel gravierender, hinderte dies die Palästinenser daran, für ihre eigene Versorgung zu produzieren und diese zu organisieren.

Hierfür möchte ich ein Beispiel geben. Der Seehafen in Gaza wurde von der niederländischen und der französischen Regierung finanziert. Das israelische Militär verzögerte über mehrere Monate die Auslieferung von Bauteilen und Maschinen an den Checkpoints. Auch die Arbeiter durften nicht einreisen und saßen in ihren Autos am Checkpoint fest, ohne arbeiten zu können. Nachdem die vorgesehenen Haushaltsmittel ausgegeben waren, war nur das Fundament des Hafens vollendet. Und dieses wurde dann von israelischen Flugzeugen bombardiert. Bis zum heutigen Tage haben weder die niederländische noch die französische Regierung Schadensersatz von Israel gefordert.

Vierter Zeitabschnitt: 2000-2006 – Notstand

Die wichtigsten Ereignisse diese Periode waren gleich zu Beginn die zweite Intifada ab Oktober 2000 und der Angriff auf die USA vom 11. September 2001.

Die israelische Niederschlagung der zweiten Intifada forderte nicht nur viele Menschenleben (ungefähr 5.000), sondern bedeutete auch einen Schlag gegen die palästinensische Ökonomie. In Folge der Absperrung aller palästinensischen Städte und Dörfer kam der Binnenhandel in den palästinensischen Gebieten zum Erliegen.

Die Hilfsorganisationen, vorwiegend finanziert durch die Europäische Union, reagierten darauf, indem sie ihre Hilfsstrategie veränderten. Sie wandelten ihre Entwicklungshilfe in humanitäre Hilfe um. Das entsprach genau dem, was die israelische Regierung wollte. Der Großteil der humanitären Hilfe für die Palästinenser stellte so eine Hilfe für die israelische Wirtschaft dar.

Gleichzeitig ist dies der Augenblick, in dem die israelische Rüstungsindustrie begann, die Besatzung in einen eigenen wirtschaftlichen Vorteil zu verwandeln. Die Firmen, die „Sicherheitstechnologie“ produzieren, verkaufen ihre Produkte seither mit dem Hinweis darauf, dass sie in der Praxis der Besatzung erprobt sind. Nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 wurde Israel zum weltweiten Mittelpunkt des Wirtschaftszweiges für „Homeland Security“ (Heimatschutz), der Produkte und Dienstleistungen für die innere Sicherheit verkauft.

Weil es ja nun keinen Kalten Krieg mehr gab, musste Israel seine Außenpolitik neu konzipieren. An Stelle eines Bollwerks gegen den Kommunismus präsentierte es sich nun als eine Bastion gegen den Islam. In dieser Zeit beginnt Israel damit, enge Beziehungen zu rechtsextremen Bewegungen in Europa aufzubauen – selbst zu Parteien mit eindeutig nazistischem Hintergrund.

Die Idee hinter der Allianz mit dem Rechtsextremismus in Europa ist, dass Israelis innerhalb Israels trotz der Konflikte, die mit der Besatzung verbunden sind, in vollkommener Sicherheit leben können. Die Übernahme dieses israelischen Modells bedeutet für die europäischen Staaten, dass sie ebenfalls nach außen aggressive Politik machen können und ihre Bevölkerung dennoch zuhause in Sicherheit leben kann. Dieses Muster können wir heute in Frankreich beobachten. Aber es ist zu konstatieren, dass dieses Modell in Israel nicht funktioniert hat, denn die dortige Bevölkerung fühlt sich bis heute nicht sicher.

Fünfter Zeitabschnitt: 2007 bis heute – Schisma

Zu beobachten ist, dass alle am Konflikt beteiligten Gruppen sich zu spalten beginnen. So gilt dies für die palästinensische Autonomiebehörde. Als in Palästina der Wunsch nach einer Wahl immer größer wurde, übte die Europäische Union dahingehend starken Druck auf die Autonomiebehörde aus, dass alle Parteien an den Wahlen beteiligt werden sollten, damit diese Wahlen als wirklich freie Wahlen bezeichnet werden könnten. Aber nachdem das Wahlergebnis bekannt wurde, änderte die Europäische Union ihre Politik, denn sie weigerte sich, den Wahlsieg der Hamas-Partei anzuerkennen.

Selbst die israelische Regierung ging nicht so rigoros gegen die Hamas vor wie die Europäer mit ihrer Sanktionspolitik – wobei der Grund dafür war, dass die israelischen Banken an den Geschäften mit dem Palästinensern hervorragend verdienten, weil die Autonomiebehörde ihr bester Kunde war.

Als Folge des Drucks aus Europa und den USA wurde Salam Fayyad von der Dritter Weg-Partei mittels eines undemokratischen Verfahrens als Premierminister eingesetzt. Im Gegenzug übernahm die Hamas in einem Coup die Führung in Gazastreifen. Dadurch geriet die Autonomiebehörde im Westjordanland in eine unmögliche Situation, denn sie operiert als eine nicht gewählte Regierung, die bis heute zur Sicherheitskooperation mit Israel verpflichtet ist. Das bringt ihr breite öffentliche Kritik ein, da sie ein Instrument der israelischen Besatzungspolitik darstellt.

In dieser Situation war Salam Fayyad vollständig auf die Unterstützung der Europäischen Union angewiesen. 2007 organisierte Fayyad die so genannte „Paris Donor Conference“ (Pariser Geberkonferenz), an der vorwiegend europäische Ländervertreter teilnahmen, die massive Hilfe für die palästinensischen Sicherheitsbehörden beschlossen. Nach der Konferenz wurde bekannt, dass eine Bedingung für diese Unterstützung darin bestand, dass die palästinensischen Sicherheitsbehörden nicht würden einschreiten dürfen, wenn israelische Siedler Palästinenser gewaltsam angreifen.

In den Jahren 2008 und 2010 organisierte Fayyad zwei weitere Investitionskonferenzen in Bethlehem. Ohne demokratisches Mandat offerierte Fayyad neoliberale Investitionsbedingungen. Trotzdem kamen kaum private Investoren nach Bethlehem. Daraufhin deklarierten europäische Regierungen ihre Hilfsleistungen als Investitionen um, um die neoliberalen Reformen von Fayyad zu retten. So investierte z.B. Deutschland in die Sonderwirtschaftszone Jenin, für die von palästinensischer Seite ein Verbot jedweder gewerkschaftlicher Organisation verordnet wurde.

Gleichzeitig erhöhten sich auch die Spannungen zwischen den Hilfsorganisationen und Israel. Das Völkerrecht verbietet es Hilfsorganisationen, mit Israel im Fall der Mauer zu kooperieren. An die Absicht Deutschlands, im Westjordanland eine Kläranlage zu finanzieren, knüpfte Israel die Bedingung, dass diese Kläranlage auch den israelischen Kolonien dienen müsse. Da sich die Palästinenser hiermit nicht einverstanden erklären konnten, ist das Projekt bis heute gestoppt.

Ein weiteres Beispiel ist die Installation einer Windkraftanlage in einem C-Gebiet im Westjordanland für Beduinen, die zuvor ohne Elektrizität lebten. Als das israelische Militär den Befehl zur Zerstörung der Windkraftanlage gab, war die deutsche Nichtregierungsorganisation medico international die erste, die gegen die beabsichtigte Zerstörung der mit europäischen Hilfgeldern gebauten Anlage protestierte. Wegen dieses Protestes wurde die Zerstörung schließlich nicht vollzogen.

Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass die israelischen Rüstungsexporte zurückgehen. In diesem Zusammenhang bezeichnete der ehemalige General und heutige Wohnungsbauminister Yoav Galant westliche Regierungen 2011 als heuchlerisch: „Einerseits kritisieren sie uns, aber dann kommen sie, um von uns zu lernen, wie man Blut in Geld verwandelt.“ Dies kann zweierlei bedeuten: erstens, dass israelische Rüstungstechnologie sehr präzise ist und weniger Menschen tötet, und zweitens, dass israelische Rüstungsfirmen von Krieg profitieren.

Ein Beispiel für diese Heuchelei war im Jahr 2009 die Entsendung von zwei Delegationen der Europäischen Union nach Israel, die erklärtermaßen den Krieg zu stoppen beabsichtigten. Nachdem Israel hunderte wehrlose Palästinenser in Gaza getötet hatte, sagte der damalige EU-Ratspräsident auch Tschechien nur, dass Israel das Recht habe, sich selbst zu verteidigen. Daraufhin flogen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy als zweite EU-Delegation mit der offiziellen Maßgabe nach Israel, die einseitige Stellungnahme ihres tschechischen Kollegen zu relativieren. Faktisch lächelten sie aber nur in die Kameras und widersprachen der israelischen Politik nicht.

Die fortgesetzte Unterstützung der israelischen Politik durch Deutschland wird in Israel noch immer als Blankoscheck angesehen. Im Jahr 2014 beliefen sich die an die israelische Regierung gezahlten Reparationsleistungen für Holocaustopfer auf mehr als 700 Millionen US-Dollar – und damit auf mehr als das Siebenfache der Hilfe an die palästinensischen Gebiete, die 2014 100 Millionen Euro betrug. 2015 war Israel zweitgrößter Kunde deutscher Rüstungsgüter – mit Lieferungen in Höhe von 313 Millionen US-Dollar.

Der israelische politische Diskurs ist stark geprägt vom zunehmenden Druck aus dem Ausland. Im Laufe der vergangenen Jahre sind immer mehr israelischen Politikern Zweifel gekommen, dass der Freifahrtschein aus Europa bestehen bleibt. Deutschland bildet hierbei eine Ausnahme, da es die israelische Regierung trotz

regelmäßiger Verstöße gegen das Völkerrecht fortlaufend unterstützt. Dies zeigt sich in der Debatte über BDS (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen). Die weltweite Bewegung für einen Boykott bestimmter israelischer Waren aus den besetzten Gebieten, die darauf zielt, Israel zur Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen, ist zu einem Hauptthema in den israelischen Medien geworden. Die Europäische Union und Deutschland haben diesbezüglich unmissverständlich Position bezogen. Es geht um die Kennzeichnungspflicht von Produkten aus den besetzten Gebieten und das Recht der europäischen Konsumenten, das Herkunftsland von Produkten zu kennen, damit sie – wenn sie dies wollen – den Verbrauch von Produkten aus den Kolonien vermeiden können.

Sehr interessant ist diesbezüglich die Reaktion der israelischen Regierung. Für diese existiert kein Unterschied zwischen der Kennzeichnung der Herkunft einerseits und BDS andererseits. Die europäische Politik hinsichtlich BDS wird in Israel als ein Anschlag auf das Existenzrecht interpretiert.

2012 zog sich die Deutsche Bahn AG aus einem Projekt zurück, das den Bau einer Bahnverbindung zwischen Jerusalem und Tel-Aviv vorsah. Die Streckenführung der Bahnroute war illegal, weil sie durch besetztes Gebiet führte. Das israelische Verkehrsministerium wollte diesen Rechtsverstoß nicht eingestehen. Deshalb verzichtete es auf die Kooperation mit der Deutschen Bahn und führte das Projekt allein durch. Die Entscheidung des israelischen Ministeriums, auch ohne ausländisches Know-how an dem Projekt festzuhalten, hatte zum Preis, dass bei den Bauarbeiten zwei Menschen aufgrund technischer Mängel das Leben verloren.

Abschließend möchte ich hervorheben, dass die europäische Politik gegenüber Israel die israelische Regierung dazu gezwungen hat, eine Wahl zu treffen zwischen einem jüdischen Staat einerseits und der Aufrechterhaltung der Besatzung andererseits. Die israelische Regierung entschied sich hierbei für die Besatzung.

Daraus ergibt sich die Frage, was europäische Nichtregierungsorganisationen wie etwa die Kirchen nun tun sollen. Wie können sie solidarisch sein mit Menschen, die gegen eine koloniale Besatzung und für ihre Freiheit kämpfen?

Der Autor ist israelischer Wirtschaftswissenschaftler und beim Alternativen Informationszentrum Jerusalem engagiert. Er forscht seit Jahren zu den wirtschaftlichen Grundlagen und Folgen der Besatzung und lebt derzeit in Deutschland.